

Rede zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den Vorgängen an der FH Gelsenkirchen/ Inkubatorzentrum (Plenarsitzung vom 23.8.2007)

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit Datum vom 18. Juni dieses Jahres habe ich einen Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Art. 41 der Landesverfassung gestellt. Freundlicherweise hat sich am 14. August die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen meinem Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses angeschlossen

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir haben einen eigenen Antrag gestellt!)

und hat einen eigenständigen Antrag gestellt, mit dem sie ebenfalls einen solchen Untersuchungsausschuss fordert. Es gibt jetzt auch einen Entschließungsantrag von CDU und FDP, den ich so interpretiere, dass es diesen Untersuchungsausschuss nicht geben soll.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Aus meiner Sicht ist dieser Untersuchungsausschuss dringend geboten. Der Subventionsskandal in Gelsenkirchen – es geht immerhin um 30 Millionen € Fördermittel – muss endlich geklärt werden.

Die Landesregierung ist in dieser Angelegenheit bisher nicht auskunftsbereit gewesen. Transparenz und Aufklärung sind offensichtlich nicht ihr Thema. Man muss unterstellen, dass es hier einen mangelnden Aufklärungswillen gibt. Ich habe nämlich mehrmals verschiedene Ministerien gebeten, Akteneinsicht zu gewähren. Diese Akteneinsicht ist verweigert worden.

Die Landesregierung mauert seit Monaten. Es wird verschleiert und taktiert. Es werden Informationen gegeben, die durch Akten nicht gedeckt bzw. in Ministerien unterschiedlich abgestimmt sind. Das Finanzministerium gibt andere Stellungnahmen als das Wirtschaftsministerium ab. Von Staatssekretär Baganz aus dem Wirtschaftsministerium werden Stellungnahmen abgegeben, die nicht gedeckt sind. Das macht sehr deutlich, dass hier dringender Aufklärungsbedarf besteht. Die Schweigemauer, die wir hier vor uns haben, kann nur durch einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit Akteneinsicht durchbrochen werden.

Von der Bezirksregierung in Münster über ein korruptes und kriminelles Kartell in Gelsenkirchen bis hin zum Ministerium geht die Spur. Trotz frühzeitiger Hinweise des Landesrechnungshofes wurde vonseiten des Ministeriums nicht gehandelt. Sogar bis Ende Februar dieses Jahres wurde noch gesagt, es sei dort alles in Ordnung und man sei auf einem guten Weg.

Ich kann, nachdem Sie Ihren Entschließungsantrag eingebracht haben, nur feststellen, dass Sie offensichtlich kein Interesse an der Aufklärung dieses doch sehr tiefgreifenden Skandals haben. Wenn Sie auf den Haushaltskontrollausschuss verweisen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Die Aufklärung im Haushaltskontrollausschuss ist gescheitert. Wir

sind dort bezüglich Informationen nicht mehr weitergekommen. Wir sind auf eine Mauer des Schweigens gestoßen.

Wenn Sie jetzt auf einen Bericht der Landesregierung verweisen, der irgendwann im Laufe des Jahres noch kommen soll, und dann erst entscheiden wollen, wie es weitergehen soll, kann ich Ihnen nur sagen: Wir haben mehrere Monate lang vonseiten des Ministeriums nur eine Hinhaltenaktik erlebt, wir haben unterschiedlichste Stellungnahmen erhalten, aber nichts Konkretes in der Sache.

Deswegen kann ich Sie nur erneut dazu auffordern, sich meinem Antrag zur Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses anzuschließen. Machen Sie den Weg frei für Transparenz und Aufklärung! Es ist dringend geboten, dass im Landtag gehandelt wird. Es kann nicht sein, dass wir vor einer Schweigemauer stehen und dass kriminelles Handeln auch weiter möglich ist.

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Sagel. – Meine Damen und Herren, nun hat Herr Groth von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.